

partei annahm, veränderte auch die Stimmung und Stellung des Reichskanzlers ihnen gegenüber. Nicht gewohnt mit seinen Anschauungen zurückzuhalten, erklärte er während der Militärdebatte von seinem Krankenlager aus, daß „die Stärke und Stellung der Fortschrittspartei und des mit ihr gehenden Teiles der Nationalliberalen die Lage unhaltbar machten“. Fünfzig bis sechzig reichstreue Wahlkreise seien durch Abgeordnete vertreten, welche gegen die Reichsregierung arbeiten, und zwar zu einer Zeit, wo die reichsfeindlichen Parteien so stark seien, daß die Majoritäten an und für sich schwankend würden.

Dieser rückhaltlose Vorwurf, den der Reichskanzler erhob, stammte nicht ausschließlich aus der damaligen Lage. Schon vor dem Schlusse des Reichstages 1873 war noch ein Antrag auf Abschaffung der Zeitungsteuer (Notpressegesetz) eingebracht worden, worüber Bismarck, weil es gegen die Verabredung verstieß, sehr aufgebracht war. Als nun gar der Abgeordnete Lasker die Gelegenheit benutzte zu äußern, daß man es dem Reichstag nicht verdenken dürfe, wenn er aus eigener Initiative hervorgegangene Anträge erledigen wolle, „in denen einmal von Rechten des Volkes die Rede ist, nachdem wir uns monatelang mit finanziellen Vorlagen beschäftigt haben,“ da nannte der Kanzler diese Erwähnung der Volksrechte eine deklamatorische Abschweifung, „Reminiscenzen aus der vergangenen Zeit“. Auch er gehöre zum Volk und ebenjogut der Kaiser selbst. „Diese Reden vom Volksrecht sind gewisse, alte traditionelle Gewohnheiten und Tendenzen von solchen, die sich liberal nennen, aber nicht einmal immer sind.“

Auch innerhalb des preussischen Staates fehlte es nicht an Reibungen, welche den Fürsten Bismarck in Mitleidenschaft zogen. Um die vorgeeschlagene Verwaltungsreform nebst der neuen Kreisordnung auch im Herrenhaus durchzusetzen, wurde von dem Minister Eulenburg ein Pairschub verlangt und erreicht, wodurch seinen Reformplänen die gesetzlich notwendige Zustimmung des Herrenhauses gesichert war. Ob die Vorlagen und diese Maßnahme sich der vollständigen Billigung Bismarcks, der zugleich auch Vorsitzender des preussischen Ministeriums war, erfreute oder nicht, ist nicht ganz ersichtlich. Genug, Bismarck legte Ende des Jahres 1872 den Vorsitz im Ministerium nieder. Bald darauf schied der preussische Handelsminister von Ikenpliz aus seiner Stellung aus, als er zur Erweiterung des preussischen Eisenbahnnetzes eine bedeutende Forderung stellte, und bei dieser Gelegenheit schwere Vorwürfe gegen die Konzessionsausnutzung einzelner Unternehmer (Stroussberg u. a.) von Lasker erhoben wurden. Eine staatlischerseits eingesezte Kommission untersuchte die Mißstände, die gesetzlich im Jahre 1876 beseitigt wurden. In die Angelegenheit war besonders der Geheimrat Wagener verflochten, gegen den mannigfache Beschuldigungen erhoben wurden, ohne daß die Untersuchung ihm ein strafbares Vergehen nachweisen konnte. Trotzdem sah er sich veranlaßt, seinen Abschied zu nehmen. Das Gleiche that auch der verdiente Kriegsminister Koon aus Altersrückichten. Als zu seinem Nachfolger General Kameke ernannt